



Österreichischer Städtebund

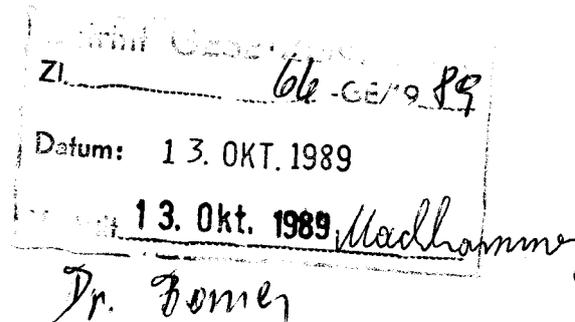
Rathaus
1082 Wien
Telefon 42 801

Entwurf eines Bundes-
gesetzes, mit dem das
Konsumentenschutzgesetz
geändert wird

Wien, am 10. Oktober 1989
Kettner/Gai
Klappe 2259
026/784/89

An die
Parlamentsdirektion

Parlament
1017 Wien



Unter Bezugnahme auf den mit Note vom 11. August 1989,
Zl. 7012/377-I 2/89, vom Bundesministerium für Justiz
übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Konsumentenschutz geändert wird, gestattet sich der
Österreichische Städtebund, anbei 25 Ausfertigungen
seiner Stellungnahme zu übersenden.

(Dkfm. Dr. Erich Pramböck)
Generalsekretär

Beilagen



Österreichischer Städtebund

Rathaus
1082 Wien
Telefon 42 801

Entwurf eines Bundes-
gesetzes, mit dem das
Konsumentenschutzgesetz
geändert wird

Wien, am 10. Oktober 1989
Kettner/Gai
Klappe 2259
026/784/89

An das
Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7
1070 Wien

Zu dem mit Note vom 11. August 1989, Zl. 7012/377-I 2/89,
übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Konsumentenschutzgesetz geändert wird, beehrt sich der
Österreichische Städtebund mitzuteilen, daß dagegen keine
Einwendungen erhoben werden.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden gleichzeitig
der Parlamentsdirektion übermittelt.

(Dkfm. Dr. Erich Pramböck)
Generalsekretär